

Die Arbeit der Rürup-Kommission

Die Hartz-Kommission war das Vorbild. Die von VW-Personalvorstand Peter Hartz geleitete Arbeitsmarkt-Reformkommission der Bundesregierung arbeitete weitgehend geräuschlos, ihre Vorschläge werden unter den Markennamen "Hartz I bis IV" gerade umgesetzt.

Etwas anders verhielt es sich mit der Rürup-Kommission zur Reform der sozialen Sicherungssysteme. Einhelligkeit war aus dem 26-köpfigen Team unter Leitung des Volkswirtschaftsprofessors Bert Rürup nie zu vernehmen, die Skepsis der Regierenden begleitete die Kommissionsarbeit. Ein kurzer Abriss über die Tätigkeit der Expertenrunde:

21. November 2002: Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) stellt die 26 Kommissionsmitglieder in Berlin vor. Dem Gremium gehören neben "Rentenpapst" Rürup Vertreter von Gewerkschaften, Arbeitgebern, Kommunen und Rentenversicherungsträgern sowie namhafte Wissenschaftler wie Bernd Raffelhüschen, Karl Lauterbach und Axel Börsch-Supan an. Die Kommission soll bis Herbst 2003 Vorschläge zur Weiterentwicklung und nachhaltigen Finanzierung von Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung machen.

13. Dezember 2002: Die Kommission nimmt ihre Arbeit auf. Schon in den Tagen zuvor gab es Kritik, weil einzelne Mitglieder mit Vorschlägen für eine Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 oder gar 70 Jahre vorpreschten.

1. Januar 2003: Raffelhüschen schlägt 900 Euro Selbstbeteiligung pro Jahr für Arztbesuche und Medikamente sowie die Herausnahme von Zahnbehandlungen und Zahnersatz aus dem Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) vor. Lauterbach weist die in der Kommission nicht abgestimmten Vorschläge zurück.

10. Januar 2003: Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) verlangt eine Gesundheitsreform "aus einem Guss". Die Arbeiten der Kommission und des Ministeriums sollen verzahnt werden.

14. Januar 2003: Aus der Kommission werden Überlegungen publik, versicherungsfremde Leistungen wie das Mutterschaftsgeld aus der GKV zu nehmen und über Steuern zu bezahlen.

31. Januar 2003: Es wird ein Papier bekannt, wonach die Pflegeversicherung steuerfinanziert werden soll.

16. Februar 2003: Die Kommission prüft laut einem "Spiegel"-Bericht die Abschaffung der privaten Krankenkassen.

23. März 2003: Teile der Kommission fordern eine Erhöhung der Tabaksteuer, um versicherungsfremde Leistungen aus dem GKV-Katalog zu nehmen und über Steuern zu bezahlen.

27. März 2003: Das Stimmengewirr wird immer vielschichtiger, Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) droht mit Auflösung des Gremiums.

2. April 2003: Unions-Fraktionsvize Horst Seehofer (CSU) fordert die Auflösung der Rürup-Kommission.

9. April 2003: Die Kommission stellt ein Sofortprogramm vor, das die GKV um 24 Milliarden Euro im Jahr entlasten und den durchschnittlichen Beitragssatz um 2,4 Prozentpunkte senken soll. Vorgeschlagen werden unter anderem eine Praxisgebühr von 15 Euro pro Arztbesuch und die Streichung des Krankengeldes aus dem GKV-Katalog. Bei längerfristigen Strukturmaßnahmen gibt es "zwei Lager", wie Rürup eingesteht. Eine Gruppe um Lauterbach will eine Bürgerversicherung unter Einbeziehung von Beamten und Freiberuflern sowie Miet- und Zinseinnahmen in die Beitragsberechnung. Rürup tritt dagegen für einkommensunabhängige Pauschalzahlungen in die Krankenkassen ein. Beide Vorschläge seien dem jetzigen System aber überlegen, sagt Rürup.

24. April 2003: Die Kommission legt ihre Rentenvorschläge vor. Demnach soll das Renteneintrittsalter ab 2010 schrittweise von 65 auf 67 Jahre steigen. Ein demographischer Faktor in der Rentenformel soll für geringere jährliche Rentenanpassungen sorgen. Der Rentenbeitragssatz soll bis 2030 auf maximal 22 Prozent steigen.

25. April 2003: Mehrere Kommissionsmitglieder beklagen öffentlich den Arbeitsstil der Kommission und deren Sinn. Das Gremium sei ein "Flop", konstatiert die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Barbara Stolterfoht.

27. Juni 2003: Die Kommission legt ihr Konzept zur Pflegeversicherung vor. Die Beiträge der Rentner sollen steigen, die ambulante Pflege wird zu Lasten der stationären Pflege aufgewertet. Verbesserungen gibt es für Demenzkranke. Der Beitragssatz soll dauerhaft bei 1,7 Prozent bleiben. Allerdings sollen daraus 0,5 Prozentpunkte auf private Pflegekonten fließen, um im Rentenalter einen übermäßigen Anstieg des Beitrages zu verhindern.

25. August 2003: In Berlin findet die letzte Sitzung der Kommission statt.

28. August 2003: Die Kommission übergibt ihren Abschlussbericht an Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD). Mehrere angekündigte Minderheitsvoten dokumentieren den Zwist aus acht Monaten Kommissionsarbeit.

Dieser Artikel erschien in der Rhein-Zeitung vom 28.08.2003.